

AK Asyl Rheinland-Pfalz * Postfach 2851 * 55516 Bad Kreuznach

Frau Staatsministerin
Anne Spiegel
Ministerium für Familie, Frauen, Jugend
Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz

Postfach 2851
55516 Bad Kreuznach

☎ 0671/8459152
☎ 0671/8459154

eMail: info@asyl-rlp.org
Web: www.asyl-rlp.org

7. 11. 2017

Diskussion um Entscheidungs- und Rückführungszentren

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Spiegel,

wir wenden uns heute an Sie zum Thema der politischen Diskussion um Entscheidungs- und Rückführungszentren in Deutschland. Sogenannte »Entscheidungs- und Rückführungszentren« sollen nach dem Willen der Union für alle neu ankommenden Flüchtlinge errichtet werden. Wir befürchten, dass damit die Abschreckungs- und Desintegrationspolitik der CSU auf ganz Deutschland ausgeweitet wird.

Zum Hintergrund: Die Asylzentren in Manching, Bamberg und Heidelberg werden von der Bundeskanzlerin und dem CSU-Vorsitzendem als Vorbild genommen, wie die Union sich die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland zukünftig vorstellt. Bis zum Ende des Asylverfahrens sollen die Menschen zukünftig in diesen Lagern verbleiben. Der Bayerische Flüchtlingsrat berichtet aus dem Lager in Manching, dass die Menschen dort in Mehrbettzimmern leben und einer verschärften Residenzpflicht für den Landkreis unterliegen. Kinder dürfen nicht in die Regelschulen gehen, sondern besuchen eigene Lagerschulen, die Versorgung erfolgt überwiegend in Sachleistungen. Dazu gilt ein generelles Arbeitsverbot. Zunächst waren die Lager in Manching und Bamberg für Asylsuchende aus den Westbalkanstaaten eingerichtet worden, mittlerweile befinden sich dort auch Flüchtlinge aus Ländern wie Afghanistan, der Ukraine oder Nigeria. Es ist bekannt, dass auch Menschen mit einer vorgeblich »schlechten Bleibeperspektive« bleiben bzw. sogar häufig als Flüchtlinge anerkannt werden. Ähnliches gilt für die sogenannten »Dublin-Fälle«, bei denen eine Rücküberstellung in den Ersteinreisestaat theoretisch möglich wäre. Tatsächlich wurden im ersten Halbjahr 2017 nur 3.085 Überstellungen durchgeführt bei 21.500 vorliegenden Zustimmungen der aufnehmenden Staaten.

Das generelle Ziel der Union scheint zu sein, Abschiebungen möglichst reibungslos zu ermöglichen. Flüchtlinge sollen wenig Kontakt zur Außenwelt haben, Integration wird völlig verhindert. Auch der Zugang zu unabhängigen Beratungsstrukturen oder Rechtsanwält*innen wird durch diese Isolation massiv erschwert. Auch eine Begleitung zu Anhörungen ist so kaum möglich. Damit stehen Schutzsuchende sowohl im Asylverfahren als auch bei drohender Abschiebung ohne Hilfestellung da. Dieser faktische Ausschluss vom Zugang zu Rechtsmitteln scheint politisch gewollt zu sein.

Koordinierungsgruppe:

Behrouz Asadi, Flüchtlingsrat Mainz; Nina Gartenbach, Ausländerpfarramt; Claudia Hahn, Diakonie Ludwigshafen Kirsten Liebmann, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Altenkirchen Pierette Onangolo, AWO Rheinland; Siegfried Pick, Pfarrer für Ausländerarbeit, Bad Kreuznach; Jürgen Pirrong, Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Beauftragter für Migration und Integration; Uli Sextro, Arbeitsgemeinschaft der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz; Susanne Thorn, Caritasverband Koblenz; Angelika Wahl Helfer- und Unterstützerkreis Asyl Worms

Bankverbindung: Konto-Nr.: 75 Ev. Verwaltungsamt BLZ: 560 501 80 Sparkasse Rhein-Nahe (Spendenbescheinigung möglich)

Wir stellen fest: Großunterkünfte für Flüchtlinge sind stigmatisierende Zeichen der Ausgrenzung. Wir befürchten, dass diese Pläne gleich mehrere schwerwiegende Folgen haben könnten. Zunächst sorgt eine dauerhafte Isolation von Asylsuchenden in Massenunterkünften außerhalb der Kommunen dafür, dass die Menschen vom Kontakt zur hier lebenden Bevölkerung ausgeschlossen werden. Dadurch entstehen Berührungsängste und es wird ein überaus problematisches Signal an die Bevölkerung gesendet: Flüchtlinge als gesellschaftlich Nichtzugehörige und als Sicherheitsproblem. Die ohnehin besorgniserregenden Vorbehalte eines Teils der Bevölkerung werden dadurch verstärkt, eine flüchtlingsfeindliche Haltung bestätigt. Dem gesellschaftlichen Frieden ist damit alles andere als gedient, Probleme für die Zukunft vorprogrammiert. Geht es nach der Union, verbringen Flüchtlinge zukünftig ihre ersten Jahre in Deutschland in einer Massenunterkunft mit geringen Integrationsmöglichkeiten.

Darüber hinaus sorgen die isolierte Unterbringung und die Restriktionen dafür, dass die Menschen Monate oder gar Jahre ihres Lebens verschenken. Im Falle einer Anerkennung des Asylantrags ist das auch verschenkte Zeit für die Integration. Wem über lange Zeit hinweg Jahre der Zugang zu Schule, Arbeit, neuen Nachbarn, Ehrenamtlichen versperrt wird, der lernt nur schwer die deutsche Sprache, knüpft keine dringend benötigten Kontakte, um richtig in Deutschland anzukommen. 2016 und in den ersten Monaten des Jahres 2017 haben aber insgesamt 55 Prozent aller Asylantragssteller*innen einen Schutzstatus erhalten. Ginge es nach der Union, hätten sie zukünftig ihre ersten Jahre in Deutschland in einer Massenunterkunft mit geringen Integrationsmöglichkeiten verbracht.

Eine solche Politik sehen wir als staatlich verantwortete Integrationsverweigerung an und lehnen sie grundsätzlich ab. Wir hatten jahrelang gegen das Modellprojekt Ausreisezentrum protestiert, das ein Angriff auf die Menschenwürde der dort zwangsweise untergebrachten Flüchtlinge darstellte. Neben dem repressiven Charakter war es zudem ineffektiv.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat aus guten Gründen im Jahr 2011 das Modell Ausreisezentrum als nicht Ziel führend beendet.

Wir wenden uns nun auch mit all unserem Einfluss gegen die Einrichtung von "Einreise- und Rückführungszentren", die nichts anderes umsetzen, als Maßnahmen der Abschreckung und Ausgrenzung.

Wir bitten die Landesregierung und Sie als zuständige Fachministerin, hier deutlich politisch Position zu beziehen. Wir erwarten, dass das Bundesland Rheinland-Pfalz den Plänen von Einrichtungen von "Einreise- und Rückkehrzentren" eine Absage erteilt.

Mit freundlichen Grüßen



(für die Koordinierungsgruppe des AK ASYL Rheinland-Pfalz)

Koordinierungsgruppe:

Behrouz Asadi, Flüchtlingsrat Mainz; Nina Gartenbach, Ausländerpfarramt; Claudia Hahn, Diakonie Ludwigshafen Kirsten Liebmann, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Altenkirchen Pierette Onangolo, AWO Rheinland; Siegfried Pick, Pfarrer für Ausländerarbeit, Bad Kreuznach; Jürgen Pirrong, Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Beauftragter für Migration und Integration; Uli Sextro, Arbeitsgemeinschaft der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz; Susanne Thorn, Caritasverband Koblenz; Angelika Wahl Helfer- und Unterstützerkreis Asyl Worms

Bankverbindung: Konto-Nr.: 75 Ev. Verwaltungsamt BLZ: 560 501 80 Sparkasse Rhein-Nahe (Spendenbescheinigung möglich)

Koordinierungsgruppe:

Behrouz Asadi, Flüchtlingsrat Mainz; Nina Gartenbach, Ausländerpfarramt; Claudia Hahn, Diakonie Ludwigshafen Kirsten Liebmann, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Altenkirchen Pierette Onangolo, AWO Rheinland; Siegfried Pick, Pfarrer für Ausländerarbeit, Bad Kreuznach; Jürgen Pirrong, Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Beauftragter für Migration und Integration; Uli Sextro, Arbeitsgemeinschaft der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz; Susanne Thorn, Caritasverband Koblenz; Angelika Wahl Helfer- und Unterstützerkreis Asyl Worms

Bankverbindung: Konto-Nr.: 75 Ev. Verwaltungsamt BLZ: 560 501 80 Sparkasse Rhein-Nahe (**Spendenbescheinigung möglich**)